

**Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 07. Februar 2013**

Antrags-Nr. 13-F-08-0019

**Bürgerbefragungen**

**- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 30.01.2013 -**

Ob Großveranstaltungen, neue Bauvorhaben, Nachflugverbot oder Haushalt - die Menschen wollen mitreden. Über 80% der Menschen geben bei Umfragen an, sich im laufenden politischen Meinungsbildungsprozess stärker einbringen zu wollen. Viele von ihnen obwohl sie nicht wählen gehen. Sauer darüber, dass sie nicht gefragt werden, sind wahrscheinlich fast alle.

Eine moderne Demokratie verlangt nach mehr Elementen der direkten Demokratie. Sie bezieht die Bürgerinnen und Bürger regelmäßig ein.

Aus diesem Grund halten wir es für unabdingbar die Bürgerinnen und Bürger zu aktuellen Themen regelmäßig mittels einer Bürgerbefragung am politischen Prozess zu beteiligen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Zu wichtigen Fragen der Stadtpolitik soll das Stadtparlament Bürgerbefragungen initiieren.

Die Wichtigkeit ist gegeben, wenn mindestens 25 % der Stadtverordneten der Einleitung eines Bürgerbefragungsprozesses zustimmen.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration wird beauftragt, Richtlinien und Verfahrensweisen für regelmäßige Bürgerbefragungen zu erarbeiten.

---

**Beschluss Nr. 0067**

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 30.01.2013 betr.

Bürgerbefragungen

wird abgelehnt.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2013

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .02.2013

Dezernat I  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister